

stischen und Arbeiterparteien auf den Moskauer Beratungen von 1957 und 1960 beschlossenen Generallinie.

Unter der Wirkung des veränderten internationalen Kräfteverhältnisses beginnt auch ein Teil der herrschenden Kreise der imperialistischen Mächte zu erkennen, daß man die strittigen internationalen Fragen auf dem Wege von Verhandlungen lösen muß. Man darf aber die Tatsache nicht aus den Augen lassen, daß einflußreiche imperialistische Kreise immer wieder versuchen, den Prozeß der internationalen Entspannung zu hemmen, das Wettrüsten zu forcieren und den kalten Krieg aufs neue zu schüren. Die Gefahr für den Frieden besteht weiter. Die Verteidigung des Friedens erfordert deshalb die Mobilisierung aller Friedenskräfte.

Beide Seiten stellen fest, daß die Schritte und Initiativen, die die Sowjetunion im Interesse der Sicherung des Friedens und der vollständigen Befreiung der unterdrückten Völker auf den verschiedenen internationalen Foren unternommen hat, wirksam zur Abwendung der Kriegsgefahr und zur Minderung der internationalen Spannungen beitragen und die Kräfte des Friedens anspornen. Beide Seiten unterstützen die sowjetischen Vorschläge über die allgemeine und vollständige Abrüstung, die auch auf der Tagesordnung des 18-Staaten-Abrüstungsausschusses in Genf stehen. Sie betrachten den Vorschlag des Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, N. S. Chruschtschow, zum Verzicht der Staaten auf die Anwendung von Gewalt zur Lösung territorialer Streitigkeiten und Grenzfragen für einen bedeutenden Schritt zur Festigung des Friedens. Sie begrüßen den in Moskau Unterzeichneten Vertrag über das teilweise Verbot der Kernwaffenversuche und die von den Vereinten Nationen beschlossene Resolution über das Verbot der Entsendung nuklearer Waffen in den Weltraum sowie die Erklärungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens über die Einschränkung der Produktion spaltbaren Materials für militärische Zwecke.

Beide Seiten treten für die Vorschläge zur Schaffung atomwaffenfreier Zonen ein, deren Verwirklichung die allgemeine und vollständige Abrüstung erleichtern würde.

Die Ungarische Volksrepublik unterstützt den Vorschlag der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für den Abschluß eines Vertrages zwischen beiden deutschen Staaten über den Verzicht auf die Produktion, den Erwerb, die Stationierung und die Anwendung von Kernwaffen sowie auf das Streben nach der Verfügungsgewalt über solche